

Christoph Zöpel

Transnationale Parteienkooperationen in der politischen Praxis: Die Sozialistische Internationale im 20. und 21. Jahrhundert

Die Sozialistische Internationale in der weltgesellschaftlichen Realität

Gesellschaftliche Gegenstände zeitgeschichtlicher Forschung – Titel und Thematik dieses Aufsatzes sind eher zeithistorisch denn historisch – erweisen ihre Bedeutung durch ihr Wirken in der gesellschaftlichen Realität.¹ Was ist nun die miterfahrbare Realität der Sozialistischen Internationale? Sie ist alle drei bis vier Jahre bei ihren Kongressen spürbar – der letzte fand vom 30. August bis 1. September 2012 in Cape Town statt. Zwischen den Kongressen finden jedes halbe Jahr Council Meetings statt, zuletzt im Februar 2013 in Lissabon, zuvor im Februar 2012 in San José in Costa Rica, 2011 in Athen, 2010 in New York und Paris. Bei den Council Meetings treffen sich Repräsentanten von im Regelfall etwa 100 sozialdemokratischen, linksdemokratischen und Arbeiterparteien aus Staaten aller Erdteile, also aus der deutlichen Mehrheit der nach dem Stand von September 2012 149 SI-Mitgliedsparteien, gestaffelt nach 103 vollen (Full Member Parties), 17 beratenden (Consultative parties) und 29 beobachtenden (Observer parties) Mitgliedschaften. Die Councils verabschieden Resolutionen, die auf der Homepage der SI zu finden sind.² Die Councils, das ist ihre entscheidende funktionale Bedeutung, sind Knoten in einem Netzwerk der SI-Mitgliedsparteien. Dieses Netzwerk kann kontinuierlich für ganz verschiedene Zwecke genutzt werden. Erstens: Zur gegenseitigen Hilfe bei Wahlen. Die Wahlhilfe bildet den Schwerpunkt der bilateralen Parteienbeziehung, vor allem auf der Ebene der Parteivorsitzenden. Zweitens: Bei innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Konflikten – wie etwa in Zentralamerika in den 1970er Jahren oder im Mittelost-Konflikt in den 1980er und 1990er Jahren. Drittens: Bei Personalentscheidungen für Internationale Organisationen. 2012 waren die Generaldirektoren der WTO, der Franzose Pascal Lamy, der ILO, der Chilene Juan Samovia, und der UNHCR, der Portugiese António Guterres, zuvor Präsident der SI, sowie die Administratorin von UNDP, die Neuseeländerin Helen Clark, durch ihre früheren Tätigkeiten ausgewiesene Sozialdemokraten. Die Politik der globalwirtschaftlichen Organisationen hat sich unter den genannten Generaldirektoren – bis Sommer 2011 gehörte auch der Franzose Dominique Strauss-Kahn beim IWF dazu – erkennbar in eine sozialere, die Interessen schwächerer Staaten bzw. schwächerer gesellschaftlicher Schichten berücksichtigende Richtung verändert. Viertens: Zur Koordinierung von Parlamentariern aus Mitgliedsparteien der SI bei den Kon-

1 Die bibliografischen Hinweise in den Anmerkungen beruhen überwiegend auf Veröffentlichungen aus dem Besitz des Autors. Zu einer umfangreichen Bibliografie siehe *Socialist Internationals – A Bibliography. Publications of the Social-Democratic and Socialists Internationals 1914–2000. A project by the International Association of Labour History Institutions (IALHI), compiled by Gerd Callesen, Bonn/Gent 2001.*

2 Siehe <www.socialistinternational.org>.

ferenzen der Interparlamentarischen Union.³ Zumindest bei Personalentscheidungen kann dies sehr wirksam sein. Fünftens: Bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat. Zur Ablehnung einer militärischen Intervention im Irak durch den UN-Sicherheitsrat im Frühjahr 2012 kam es nämlich auch durch die Vernetzung von Regierungschefs damaliger Mitglieder des Sicherheitsrates in SI-Mitgliedsparteien; Bundeskanzler Schröder und der chilenische Präsident Lagos spielten dabei die wesentliche Rolle. Anfang des Jahres hatte sich die SI bei einem Council in Rom auf Antrag der SPD bei entschiedenem Widerstand der britischen Labour Party gegen eine solche Intervention ausgesprochen.

Der jüngste Kongress in Cape Town war indes, anders als die Kongresse der letzten Jahrzehnte, von erheblichen Konflikten bestimmt, die vor allem zwischen europäischen Mitgliedsparteien und dem Generalsekretär, dem Chilenen Luis Ayala, ausgetragen wurden. Es gab aber auch einvernehmliche Beschlüsse, die das Präsidium der SI in globalem Maßstab repräsentativer machten, also dessen Mitglieder aus europäischen Parteien reduzierten.

Die Geschichte der Sozialistischen Internationale 1864–1992

Die Geschichte internationaler Parteienkooperation linker Parteien begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts⁴ und entsprach der international orientierten Programmatik dieser Parteien. In ihrer Symbolik ist sie noch erhalten geblieben: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ – so wird bis heute von demokratischen und kommunistischen linken Parteien gesungen.

Die Erste Internationale, auch Internationale Arbeiterassoziation (IAA) genannt, wurde 1864 in London gegründet. Es fanden sich vielfältige Gruppen mit ganz unterschiedlichen Sozialismuskonzepten zusammen, was Divergenzen unvermeidlich machte. Protagonisten waren Karl Marx und der Anarchist Michail Bakunin. Marx' Konzept der Bildung kommunistischer Parteien in Einzelstaaten setzte sich gegen Bakunins Auffassung durch, die Herrschaftslosigkeit ohne zentrale Führung durch eine Partei postulierte. Es ist interessant zu fragen, wie diese „anarchistische Auffassung“ zivilgesellschaftlichen Engagements die Transformation der kommunistischen Systeme in Osteuropa nach 1989 beeinflusst hat. Der Konflikt führte zur Spaltung – nach dem Scheitern der Pariser Kommune 1871 zerfiel die Erste

3 Mit der Interparlamentarischen Union gibt es auch auf globaler Ebene eine parlamentarische Dimension, die auf staatlicher Ebene für die Funktionalität von demokratischen Parteien von konstitutiver Bedeutung ist. Diese parlamentarische Dimension auf globaler Ebene wird wissenschaftlich von der Internationalen Politik ebenso negligiert wie die transnationale Zusammenarbeit von Parteien; siehe dazu: Christoph Zöpel: Politik mit neun Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft, Berlin 2008, vor allem S. 407–423.

4 Die ausführlichste Darstellung der Geschichte der SI zwischen 1951 und 2001 hat der Inder Pradip Bose verfasst. Pradip Bose: Social Democracy in Practice. Socialist International (1951–2001), New Delhi 2005; ferner: Friedrich Ebert Stiftung: Bilddokumentation zur Geschichte der Internationale und der SI-Präsidentschaft Willy Brandts, Bonn 1992; dies.: Für soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität in Frieden und Freiheit. 50 Jahre Sozialistische Internationale. Ausstellung der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2001.

Internationale und löste sich 1876 ganz auf. Von ihren Beschlüssen ist die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag relevant geblieben.

Die Zweite Internationale wurde 1889 in Paris gegründet.⁵ Sie ging auf die Initiative Friedrich Engels zurück und versammelte rund 300 Arbeiterorganisationen aus 20 Staaten. Ihre Beschlüsse formulierten den Kampf gegen Nationalismus, imperiale Kolonialpolitik und Aufrüstungspolitik; der 1914 ermordete französische Sozialist Jean Jaurès wurde in ihrem Rahmen Streiter für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Die Zweite Internationale rief 1889 den 1. Mai als Kampftag und 1910 den Internationalen Frauentag aus. 1907 wurde die Union of Socialist Youth Organisations gegründet. Zu dem Zerfall der Zweiten Internationale mit Beginn des Ersten Weltkrieges trug zunächst die Unterstützung der jeweiligen nationalen Regierungen durch die deutsche SPD, die SDAP in Österreich sowie die britische Labour Party und dann die Oktoberrevolution in Russland bei.

Die bolschewistische Machtübernahme führte 1919 auf Initiative Lenins zur Gründung der Dritten Internationale,⁶ oder auch Kommunistischen Internationale bzw. Komintern, in Moskau. Auf dem Gründungskongress unterstützte die KPD die Dritte Internationale nicht. Diese ablehnende Haltung der deutschen Kommunisten resultierte aus der Kritik Rosa Luxemburgs an Lenin. Die Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale wurden mehr und mehr von der KPdSU dominiert. Stalins Theorie vom Aufbau des Kommunismus in einem Land beendete die primär internationalistische Orientierung. Seit 1928 entwickelte sich der Kampf gegen die Sozialdemokratie, propagiert als Kampf gegen den Sozialfaschismus, zum strategischen Ziel. 1943 löste Stalin als Geste gegenüber seinen westlichen Weltkriegsalliierten die Dritte Internationale auf.

1938 war es zum Ausschluss Trotzki aus der KPdSU und in der Folge zur Gründung der Vierten Internationale gekommen. Sie blieb stark auf Trotzki bezogen und konnte keine größere Bedeutung erlangen.

Sozialdemokratische Parteien waren bestrebt, nach 1919 die Zweite Internationale wiederzubeleben. Eine Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien versuchte eine Vereinigung mit der Dritten Internationale, die jedoch fehlgeschlug. 1923 wurde in Hamburg die Sozialistische Arbeiterinternationale als Fortsetzung der Zweiten gegründet, gleichzeitig die Socialist Youth International. Die Sozialistische Arbeiterinternationale ging im Zweiten Weltkrieg unter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es erneut zu internationalen Zusammenschlüssen sowohl kommunistischer als auch sozialdemokratischer Parteien. Bereits 1945 schlug Tito eine neue internationale kommunistische Organisation vor. Im September 1947 kam es

5 Vgl. Georges Haupt: *Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914*, Neuwied/Berlin 1970.

6 Vgl. Günther Nollau: *Die Komintern*, Bonn 1964; vgl. dazu auch Frank Schauf: *Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936–1939*, Frankfurt am Main/New York 2004.

dann zum Gründungskongress des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien – Kominform – im polnischen Schreiberhau.⁷

Schon 1946 wurde die International Union of Socialist Youth (IUSY) gegründet⁸ und 1947 das International Falcon Movement. Beide Organisationen leisteten seitdem eine sehr eigenständige politische Arbeit, auch nach 1951.⁹ In diesem Jahr erfolgte als demokratische Alternative zu Kommunistischen Parteien in Frankfurt am Main die Gründung der Sozialistischen Internationale (SI) mit 34 überwiegend europäischen Mitgliedsparteien. Verbindungen zu außereuropäischen Parteien entstanden im Widerstand gegen totalitäre Regime – vor allem in Lateinamerika¹⁰ – und in gemeinsamen Bestrebungen um Entkolonialisierung – vor allem in Afrika. Letztere konnten innerhalb der SI konfliktreich sein, die französischen Sozialisten intervenierten bei der SPD beispielsweise gegen die Unterstützung der nordafrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen durch Hans-Jürgen Wischniewski, damals Vorsitzender der Jungsozialisten. In der Tradition dieses Engagements für Unabhängigkeitsbewegungen wurden in den 1980er Jahren arabische Parteien in die SI aufgenommen.

Bis in die Gegenwart reichende, allerdings abnehmende zeitgeschichtlich praktische Relevanz gewann die SI seit Ende der 1970er Jahre im Zuge der Wahl Willy Brandts zu ihrem Vorsitzenden 1976 auf dem XV. Kongress in Genf.¹¹ Sie weitete sich bewusst in alle Weltregionen aus, besonders nach Lateinamerika und auch in Staaten des Mittleren Ostens. Dort erhielten die „Staatsparteien“ Ägyptens und Tunesiens die Mitgliedschaft, die jedoch 2011 im Zusammenhang der „Arabischen Revolution“ zum Problem wurde.

1992 legte Willy Brandt kurz vor seinem Tod den SI-Vorsitz nieder. An die Delegierten des XIX. SI-Kongresses im September 1992 in Berlin schrieb er einen „Abschiedsbrief“, datiert vom 14. September 1992, ein bleibendes Dokument.¹²

Brandt drückte seinen Stolz darüber aus, dass der Kongress in Berlin stattfinde. Er resümierte, dass sich in den 16 Jahren seiner Präsidentschaft „diese Stadt, dieses Land, dieser Kontinent verändert“ hätten. Weiter führte er aus: „Mehr noch – die Welt ist nicht mehr die, die sie 1976 war, als ich in Genf dieses Amt übernahm. Den Frieden sichern, das war nicht unser einziges, aber doch unser erstes Anliegen. Jenen Frieden zwischen zwei Blöcken, die atomar gerüstet waren und die wir für festgefügt hielten. Jenen Frieden, der unverzichtbar war, um Freiheit möglich zu machen. Heute, nur eineinhalb Jahrzehnte später, sorgen

7 Siehe Jochen Stöckmann: Speerspitze im kalten Krieg. Das Kominform war Kampfinstrument Stalins, in: Deutschlandradio, 17.4.2006. Siehe <www.dradio.de/dkultur/sendungen/kalenderblatt/489734/>.

8 Vgl. International Union of Socialist Youth (Hg.): IUSY, Vienna 1965.

9 Vgl. exemplarisch International Union of Socialist Youth (Hg.): Young Socialists for Equality and Democracy. IUSY 1963–1966. Report by the General Secretary, Wien; IUSY: IUSY World Council Lisbon, Portugal 22.–24. November 2002. World Council Documents, Wien.

10 Vgl. Humberto Maiztegui: Memorias Políticas del Secretario Latinoamericano de la Internacional Socialista (1956–1970), Buenos Aires 1992.

11 Vgl. Reimund Seidelmann: Die Sozialistische Internationale als Parteienbewegung und politischer Wegbereiter, in: Europa Archiv 21 (1981), S. 659–668.

12 Vgl. XIX Congress of the Socialist International, Berlin, September 15–17, 1992: Grußwort von Willy Brandt, Präsident der Sozialistischen Internationale.

wir uns nicht mehr den einen Frieden zu bewahren. Wir sorgen uns, an vielen Orten dieser weithin befreiten Welt und doch so unruhigen Welt Frieden überhaupt erst wiederherzustellen.“ Wesentlicher Erfolg seiner Amtszeit sei die Tatsache, „(...) dass wir über Europa hinausgegriffen haben und eine wahrhaft weltweite, damit auch vielfältige Gemeinschaft geworden sind.“ Diese veränderte Welt schlug sich in einer Fülle neuer Mitgliedschaften nieder¹³ und inspirierte in Berlin auch Michail Gorbatschow zu einer Rede. Später sollte Gorbatschow Vorsitzender einer sozialdemokratischen Partei in Russland werden, die zwar in die SI aufgenommen wurde, allerdings bei Wahlen nicht erfolgreich war.

Neuer Vorsitzender der SI wurde der frühere französische Premierminister Pierre Mauroy, erste stellvertretende Vorsitzende die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Als Generalsekretär wurde Luis Ayala bestätigt, er war seit 1989 in dieser Funktion tätig und wurde auch auf den folgenden fünf Kongressen wiedergewählt (zuletzt 2012).

Relevante zeitgeschichtliche Prozesse

Die „Enteuropäisierung“ der SI war mit drei längerfristigen globalgesellschaftlichen Prozessen verbunden, die weiterhin relevant sind. Als erstes ist die Auseinandersetzung mit rechtsautoritären Herrschaftssystemen anzuführen. Diese erfolgte zunächst in Europa, nämlich in Griechenland, Spanien und Portugal, dann auch in Lateinamerika, wo die SI illegale linksdemokratische Parteien förderte, die in verbotener Opposition zu rechtsautoritären Systemen standen. Nach deren Überwindung wurden sie in Griechenland, Spanien, Portugal und oftmals auch in Lateinamerika periodisch Regierungsparteien. Vor allem in Zentralamerika gehörte zu dieser Unterstützung auch die Vermittlung in Bürgerkriegen, so in Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Die linken Konfliktparteien konnten dabei auch revolutionären Charakter annehmen, ihre Wandlung zu legal agierenden und legal anerkannten Parteien konnte Jahrzehnte dauern, in El Salvador und in Guatemala wurden erst Ende 2010 Kandidaten, die diesen SI-Mitgliedsparteien angehören, zu Präsidenten gewählt.

Als zweites spielten der Ost-West-Konflikt und Parteien in postkommunistischen Staaten eine wichtige Rolle. Die seit der Spaltung 1919 bestehende Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien wurde seit Ende der 1970er Jahre durch gegenseitige Kontakte aufgeweicht, zunächst auf einer Abrüstungskonferenz der SI 1978 in Helsinki, dann nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär.¹⁴ Nach Implosion der kommunistischen Systeme in Osteuropa förderte die SI die Bildung linksdemokratischer Parteien, was in der Regel durch Integration reformierter kommunistischer

13 Vgl. Eckhard Fuhr: „Nichts kommt von selbst“. Kongress der Sozialistischen Internationale im Schatten der Vergangenheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.1992.

14 Vgl. Reimund Seidelmann: Die Abrüstungskonferenz der SI und ihr Beitrag zur militärischen Entspannung, in: Die Neue Gesellschaft 6 (1978), S. 469–476. Die beigefügte Dokumentation enthält die Reden von Willy Brandt und Boris Ponomarjow auf dieser Konferenz. Vgl. auch Heinz Timmermann: Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft 12 (1988), S. 1157–1162 sowie Reimund Seidelmann: Die Sozialistische Internationale und Osteuropa, in: Europa Archiv 13/14 (1990), S. 429–436.

Parteien mit zuvor oppositionellen, teilweise noch aus der Vorkriegszeit erhaltenen sozialdemokratischen Gruppierungen geschah – etwa in Polen, Ungarn, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Albanien, den baltischen Staaten und, unter den Bedingungen der dortigen Kriege, auch in den jugoslawischen Nachfolgestaaten. Hingegen blieb in Tschechien neben der sozialdemokratischen auch eine kommunistische Partei bestehen. In Russland existierte nach wie vor eine Kommunistische Partei, während sozialdemokratische Parteigründungen marginal blieben. Inzwischen gehört die Partei „Gerechtes Russland“ der SI zwar als volles Mitglied an, es bleibt jedoch zu hinterfragen, wie unabhängig sie von Putin agiert. Sehr differenziert ist die Entwicklung in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion einzuschätzen. Sie reicht von den Sozialdemokraten in Estland, die den Staatspräsidenten stellen, über die Außenseiterrolle der Armenian Revolutionary Front – Dashnaksutyun, bestimmt durch die geschichtliche Hypothek des Genozids,¹⁵ bis hin zur Verfolgung der Sozialdemokratie in Weißrussland.

Und schließlich ist, drittens, auch die Ausweitung der Charakteristika der SI Mitgliedschaft von Bedeutung. Mit der Aufnahme von zahlreichen Parteien außerwesteuropäischer Staaten in die SI veränderte sich die Programmatik und Struktur ihrer Mitgliedschaft. Die Aufnahme der National Democratic Party Ägyptens und des Rassemblement Constitutionnel Démocratique Tunesiens in den 1970er Jahren bedeutete die Mitgliedschaft zweier faktischer Staatsparteien, die sich jedoch vom Sozialismus kommunistischer Prägung sowie vom Islamismus abgrenzten. Die Aufnahme der palästinensischen Fatah, unbeschadet ihrer Strukturen, dient dem Dialog mit den israelischen Mitgliedsparteien – zunächst der Israel Labour Party und der Meretz-Yachad Party, dann nur noch der Meretz – im Rahmen der Versuche der SI, zur Lösung internationaler Konflikte beizutragen. Die Aufnahme der mexikanischen Partido Revolucionario Institucional bedeutete die Mitgliedschaft einer in ihrer jahrzehntelangen Regierungspraxis autoritär gewordenen linken Partei. Aber auch die auf demokratische Erneuerung setzende linksdemokratische Konkurrenz, der Partido de la Revolución Democrática, wurde Mitglied. Die Aufnahme von Parteien aus Zentralamerika führte zur Mitgliedschaft marxistisch-revolutionärer Parteien, wobei sich die Programmatik wie die Praxis dieser Parteien spektakulär ändern konnte, was etwa bei den Sandinisten in Nicaragua nach der Wiederwahl Ortega zum Präsidenten der Fall war.

Die Aufnahme von Parteien aus Osteuropa konfrontierte die SI mit den Defiziten des Transformationsprozesses in postkommunistischen Staaten – vor allem der problematischen ökonomischen Basis der entstandenen marktwirtschaftlichen Systeme, die sich im Zuge der Privatisierungen in „Oligarchisierung“ niederschlug. Gegenseitige Korruptionsvorwürfe sind so zum gängigen Instrument zwischen- und innerparteilicher Auseinandersetzungen geworden. Unzulängliche parteienrechtliche Regulierungen verschärfen diese Problematik zusätzlich. Andererseits waren die linksdemokratischen Parteien die stabilen Promotoren der EU-Integration ihrer Staaten. Die Überwindung der politischen Transformationsdefizite ist daher eher eine Aufgabe der europäischen Parteiengemeinschaften als der globalen.

15 Vgl. ARF-D: ARF-Dashnaksutyun: Brief Armenien Revolutionary Federation-Dashnaksutyun (Armenian Socialist Party), Yerevan Januar 2009.

Die SI erfährt aber auch die derzeitigen Grenzen globaler demokratischer Parteiengemeinschaften. So hat sie keine starken Mitgliedsparteien in den fünf einwohnerstärksten Staaten der Welt, in China, Indien, den USA, Indonesien und Brasilien, die zusammen fast 50 % der Weltbevölkerung ausmachen. In China macht das kommunistische politische Einparteiensystem solch eine Mitgliedspartei unmöglich, aber der Congress in Indien, die Partido dos Trabalhadores Lulas in Brasilien und die Demokraten in den USA zählen durchaus zum linken demokratischen Spektrum. Kleinere Mitgliedsparteien in diesen Staaten können die Mitgliedschaft der großen Parteien nicht ersetzen, sie gewinnen in ihren Staaten höchstens Mitwirkungsmöglichkeiten in Verbindung mit großen Parteien – so etwa die Sozialdemokratische Partei der USA bei den Demokraten. In Indonesien gibt es innerhalb eines funktionsfähigen Mehrparteiensystems keine Mitgliedspartei der SI.

Die SI im Kreis demokratischer Parteieninternationalen

Die SI ist natürlich nicht die einzige Parteieninternationale – auch Christdemokraten, Konservative, Liberale und Grüne haben globale Parteiengemeinschaften ausgebildet. Zu vergleichen, in welchen Staaten sie Mitgliedsparteien haben, ist aufschlussreich.

Wesentlich ist vor allem der Vergleich der für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg dominanten großen Parteienfamilien, der SI und internationalen Vereinigungen christdemokratischer und konservativer Parteien. Deren Geschichte ist gekennzeichnet durch Namenswechsel und seit 1983 durch parallele Strukturen bei überschneidenden Mitgliedschaften. Christdemokratische Parteien und Volksparteien – Christian Democrat and Peoples Parties – fanden sich 1961 in der Christlich Demokratischen Weltunion – Christian Democrat World Union (CDWU) – zusammen. 1982 wurde die Vereinigung dann in Christlich Demokratische Internationale umbenannt. Zusätzlich wurde 1983 die Internationale Demokratische Union (IDU) gegründet. 1999 entwickelte sich CDWU dann zur Centrist Democratic International (CDI).¹⁶

In der Präambel ihrer Statuten bezeichnet sich die CDI als Internationale christdemokratischer und Volksparteien, die auf den Prinzipien eines christlichen oder „integralen“ Humanismus basiere, eines „Humanismus, offen für Transzendenz und verpflichtet auf Brüderlichkeit“. Die Präambel enthält u. a. die Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte, die Verteidigung der Demokratie als einzig legitime Form politischer Organisation, das Ziel nachhaltiger menschlicher Entwicklung, die Förderung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft und die Befürwortung der Zivilgesellschaft. Nach dem Stand von 2012 gehören der CDI 97 Parteien aus 78 Staaten an – wobei keine Partei aus den USA, Kanada oder Australien dabei ist.

Die Internationale Demokratische Union – International Democratic Union (IDU)¹⁷ – wurde 1983 in London gegründet als „a working association“ konservativer, christdemokratischer und „like-minded“ politischer Parteien „of the centre and centre right“. Sie verstand

¹⁶ Siehe Website <www.idc-cdi.com/>.

¹⁷ Siehe Website <www.idu.org/>.

sich von Beginn an als Zusammenschluss weltregionaler Vereinigungen, der Americas Democrat Union, der Asia Pacific Democrat Union, der Caribbean Democrat Union, der Democrat Union of Africa/African Dialogue Group und der European Democrat Union. Sie hatte 19 Gründungspersönlichkeiten, darunter – Zeitpunkt 1983 – die britische Premierministerin Margaret Thatcher, US-Vizepräsident George Bush, der französische Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Helmut Kohl. Bei der Gründung 1983 wurde eine Declaration of Principles verabschiedet, die eine Verpflichtung auf die Allgemeinen Menschenrechte enthält und betont, dass politische Demokratie und Privateigentum ebenso wie sozial orientierte Marktwirtschaft und Unternehmertum untrennbare Bestandteile persönlicher Freiheit sind.

Nach dem Stand von 2012 gehören der IDU 70 Parteien aus 56 Ländern an, dazu kommen 40 weitere in den ihr angeschlossenen weltregionalen Vereinigungen. Die IDU ist dabei eine Vereinigung westlicher Parteien. Sie hat Mitglieder in den USA – die Republikaner –, in Kanada, Russland und Australien. Bemerkenswert ist die Mitgliedschaft der Kuomintang aus Taiwan, die Kontaktaufnahmen mit der Volksrepublik China wohl unmöglich macht.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es auch die Liberale Internationale – Liberal International (LI)¹⁸ –, die 1947 gegründet wurde. Sie versteht sich als Netzwerk zur Förderung des Liberalismus und der liberalen Demokratie weltweit und zur Stärkung liberaler Parteien. Ihre Grundsätze sind in den Manifestos festgelegt. Es werden zwei Herausforderungen globaler Dimension beschrieben: die Herausforderung durch Gewalt und durch das Erfordernis Global Governance und die Herausforderung weltweiter Entwicklung. Der LI gehören nach dem Stand von 2012 insgesamt 65 Parteien als Vollmitglieder und 24 mit Beobachter-Status an, sie ist in allen Kontinenten bis auf Australien vertreten. In den USA, Russland, Indien und Pakistan gibt es keine Mitgliedsparteien.

Schon als eine Folge der Zersplitterung der Parteiensysteme vor allem auf der linksdemokratischen Seite ist das Global Green Network (GGN), heute die Global Greens, zu betrachten. Es wurde 2001 auf einem Global Green Gathering in der australischen Hauptstadt Canberra gegründet.¹⁹ Dieser Gründung waren indes weltweite Treffen grüner Parteien seit 1990 vorausgegangen. Ihre grundlegenden politischen Positionen enthält die in Canberra beschlossene Charta der Global Greens, in der ökologische Einsicht, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe am demokratischen Prozess der Gewaltlosigkeit sowie Nachhaltigkeit und Respekt der Vielfalt als Grundwerte genannt werden. Die Charta ist an menschenrechtlichen wie ökologischen Zielen und Strategien ausgerichtet. Den Global Greens gehören insgesamt 73 Parteien aus allen Kontinenten, darunter auch aus den USA, Russland, Japan, Pakistan, den Philippinen, aber nicht aus Indien, an.

18 Siehe Website <www.liberal-international.org/>.

19 Vgl. John Rensenbrink: A Brief History of the Global Green Network, 2003. Siehe Website <www.globalgreens.info/ggn_ggnbriefhistory.html>.

Neu ist die Alliance of Democrats.²⁰ Sie ist eine lockere Partnerschaft von Parteien aus allen Teilen der Welt und wurde initiiert von der Demokratischen Partei der USA, der European Democratic Party (EDP) und dem Council of Asian Liberals and Democrats (CALD). 2005 gründete die Alliance Büros in Brüssel und Washington, DC. Die Alliance signalisiert Übergänge vom linken zum zentristischen Spektrum der Parteiensysteme.

Sie ist keine politische Internationale nach dem Vorbild der Sozialistischen Internationale, sondern vereint gegenwärtige Parteien, die sich selbst zwischen Sozialdemokraten und Konservativen positionieren. Bislang hat die Alliance noch kein offizielles Manifest veröffentlicht, sie besteht jedoch hauptsächlich aus Parteien, die als moderat oder „mittelinks“ bezeichnet werden können. Der Alliance gehören Mitglieder der Centrist Democrat International, der Liberal International so wie frühere Mitglieder der Sozialistischen Internationale an.

Zur Programmatik der SI

Die noch gültige Prinzipienklärung der SI wurde 1989 auf ihrem XVIII. Kongress in Stockholm beschlossen.²¹ Sie ist geprägt vom Wirken ihres damaligen Vorsitzenden Willy Brandt als Vorsitzendem der Nord-Süd-Kommission der UN und fokussiert globalpolitische Perspektiven – etwa Abrüstungsfragen, internationale Konfliktlösungsstrategien, globale Entwicklungstendenzen.²² Zur Globalisierungsthematik beschloss die SI dann auf ihrem Kongress 2003 in Sao Paulo das umfangreiche Dokument „Governance in a Global Society – The Social Democratic Approach“.²³ Als prinzipielle programmatische Antwort auf die globale Krise wurde auf dem Kongress 2008 in Athen das Konzept von „Global Welfare Statehood“ formuliert.²⁴ Hier geht es über die bei der Europäischen Linken populäre Alternative Markt versus Staat in globaler Dimension hinaus. Wesentliche Herausforderung auf dem Weg zu Wohlfahrtsstaatlichkeit ist die Überwindung informeller Arbeit, die global für über 70% der Arbeitsverhältnisse gilt. Das Konzept wurde dann auf dem Council im Dezember 2009 in Paris weiter konkretisiert und auch in Cape Town bestätigt. Nach ihrem Kongress 2008 richtete die SI zwei Kommissionen ein. Die Kommission zur globalen Klimapolitik – Vorsitzende sind der frühere chilenische Präsident Lagos und der frühere schwedische Mini-

20 Zu der Alliance of Democrats führte der Verweis beim Wikipedia-Eintrag „European Democratic Party (EDP)“, hier zitiert nach Wikipedia „Alliance of Democrats“ vom 15.2.2012.

21 Declaration of Principles, adopted by the XVIII Congress, Stockholm, June 1989, siehe <www.socialistinternational.org/viewArticle.cfm?ArticleID=31> (31.10.2012).

22 Vgl. dazu Reimund Seidelmann: Auf dem Weg zur Weltgesellschaft. Der Stockholmer SI-Kongress, in: Die Neue Gesellschaft 8 (1989), S. 681–685.

23 Vgl. Socialist International: Governance in a Global Society – The Social Democratic Approach, Berlin 2005; Christoph Zöpel: Politik in der Weltgesellschaft – Der Sozialdemokratische Weg, Berlin 2005.

24 Vgl. Socialist International: The courage to make a difference. XXXIII. Congress of the Socialist International Athens, Greece 30. June – 2. July 2008, Statements and Decisions.

sterpräsident Persson²⁵ – erarbeitete ein ausführliches Dokument zum globalen Klima. Vorsitzender der Kommission zur globalen Finanzkrise wurde Joseph Stiglitz – US-amerikanischer Nobelpreisträger in den Wirtschaftswissenschaften –, dessen Arbeit sich in Erklärungen des SI-Präsidiums zu den G20-Gipfeln niederschlug.

Die Konkurrenz der SI zur Sozialdemokratischen Partei Europas

Die SI war 1951 von europäischen Parteien gegründet worden, seit Ende der 1970er Jahre fand eine globale Ausweitung der Mitgliedschaft statt. Die europäischen Mitgliedsparteien behielten aber ihren dominierenden Einfluss. Parallel entstand im Rahmen der Europäischen Union die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE). 2012 umfasst sie 29 Mitgliedsparteien aus der Europäischen Union und aus Norwegen sowie weitere assoziierte Parteien aus mehreren anderen europäischen Staaten. Bereits 1957 führten sozialdemokratische Parteien der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einen Kongress durch und verständigten sich auf die Schaffung eines Verbindungsbüros. 1974 wurde der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft als europäischer Parteienzusammenschluss gegründet. Nach den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1979 bildeten die Abgeordneten aus Mitgliedsparteien des Bundes eine Fraktion. Aufgrund des Maastricht-Vertrages zur Gründung der Europäischen Union von Februar 1992 und des revidierten EG-Vertrags mit Artikel 138a,²⁶ der eine Norm zu europäischen Parteien beinhaltet, wurde am 9. und 10. November 1992 die Sozialdemokratische Partei Europas gegründet. Von April 2004 an war der ehemalige dänische Ministerpräsident und Europaabgeordnete Poul Nyrup Rasmussen Vorsitzender der SPE. Nach seinem gesundheitsbedingten Rücktritt wurde Ende 2011 Sergei Stanishev, ehemaliger bulgarischer Ministerpräsident, sein Nachfolger – eine personifizierte Symbolik für die gelungene Integration der osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien in die SPE. Auf dem Kongress der SPE Ende September 2012 in Brüssel wurde er bestätigt.

Der entscheidende organisatorische Vorteil der SPE gegenüber der SI ist, dass sie im Europäischen Parlament eine Fraktion hat. Seit der Europawahl 2009 bilden die Abgeordneten der SPE-Mitgliedsparteien zusammen mit den Abgeordneten der italienischen Demokraten die Fraktion Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D). Sie ist mit 184 Sitzen die zweitstärkste Fraktion und die einzige, die Mitglieder aus allen 27 EU-Staaten hat. Fraktionsvorsitzender wurde zunächst Martin Schulz (SPD), nach dessen Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments 2012 wurde Hannes Swoboda (SPÖ) sein Nachfolger. Im Rahmen der Fraktion treffen sich Mitglieder der europäischen Mitgliedsparteien

25 Vgl. Socialist International: *From a high Carbon Economy to a low Carbon Society*. Report of the Socialist International Commission for a Sustainable World Society, September 2009.

26 „Art. 138a (Europäische Parteien). Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“ Hierzu neues Sekundärrecht durch die EU-Vorschrift EC 2004/2003; *Entscheid des Rates und des Europäischen Parlaments vom 4. November 2003*.

von SPE und SI – alle Mitgliedsparteien der SPE gehören auch der SI an – etwa jede zweite Woche, dazu kommen mehrmals jährlich Treffen der Parteivorsitzenden, insbesondere vor den Europäischen Räten. Das hat dazu geführt, dass sich die Zusammenarbeit der europäischen sozialdemokratischen Parteien auf die SPE konzentrierte und sie in der SI an Bedeutung verlor. Die SPE begann dann auch internationale Zusammentreffen zu organisieren und globalpolitische Positionen zu formulieren – man denke an den Bericht Poul Nyrup Rasmussens für die Sozialdemokratische Partei Europas „Europa und seine neue globale Ordnung“²⁷ von 2003 sowie an die Politische Erklärung der „Gruppe auf hohem Niveau“ über die Globalisierung „Europa 2004. Die Zukunft Verändern“ aus dem Jahre 2004.²⁸ Das Global Progressive Forum sollte diese Ambitionen unterstützen, das 2003 gemeinsam von der SPE, ihrer Fraktion im EP und der SI – mit Guterres als Vorsitzendem – gegründet wurde.²⁹ Treffen von SI und SPE mit den Demokraten in den USA kamen dazu. Von der Labour Party initiiert kam es zu Zusammenkünften von Repräsentanten sozialdemokratischer Parteien unter dem Motto „Progressive Politics“; 2002 wurde eine entsprechende Zeitschrift erstmalig herausgegeben.

Die Internationalen Sekretäre der Mitgliedsparteien von SPE und SI und die SPE selbst, die kooptiertes Mitglied der SI ist, begannen eine Diskussion um die Effektivierung der Zusammenarbeit. Sie gipfelte in dem Vorschlag der europäischen Parteien, das Generalsekretariat der SI aus Kostengründen von London nach Brüssel zu verlegen, wogegen SI-Generalsekretär Ayala jedoch erfolgreich Widerstand leistete.

Die strukturelle Entwicklung der SI seit 1999

Die Konkurrenzsituation zwischen SI und SPE rückte seit Beginn der 2000er Jahre die Struktur der SI in das Zentrum von Diskussionen. Auf dem XXI. Kongress 1999 in Paris wurde Pierre Mauroy, der die Präsidentschaft eher unscheinbar wahrgenommen hatte, durch den portugiesischen Ministerpräsidenten António Guterres abgelöst. Dieser leitete die SI höchst effektiv, durchaus an die Arbeit Willy Brandts anschließend. Programmatisch setzte er auf globalpolitische Inhalte, organisatorisch bemühte er sich um die Erweiterung der Mitgliedschaft. Ihm gelang eine Verständigung mit der brasilianischen PT, worauf der XXII. Kongress 2003 in Sao Paulo stattfand.³⁰ Dort wurde programmatisch „Governance in a Global Society – the Social Democratic Approach“ verabschiedet. Zwischen den „Councils“ fand die konzeptionelle Arbeit der SI wie seit der Präsidentschaft Willy Brandts weiter in regionenbezogenen – so Mittlerer Osten, Afrika, Lateinamerika – wie in themenbezo-

27 Vgl. Sozialdemokratische Partei Europas (Hg.): Europa und eine neue globale Ordnung. Ein Bericht für die Sozialdemokratische Partei Europas.

28 Vgl. Party of European Socialists (Hg.): Politische Erklärung der Gruppe auf hohem Niveau über die Globalisierung: Europa 2004. Die Zukunft verändern, Februar 2004.

29 Vgl. Global progressives Forum: Reforming Globalisation by creating progressive communities for Change, 2004.

30 Vgl. Socialist International: The return of politics. XXII. Congress of the Socialist International Sao Paulo 27.–29. October 2003.

genen – so Wirtschaft, Migration, Abrüstung – Komitees statt. Mitglieder der Komitees sind die Parteien, die das wünschen, und nicht Personen. Die politische Koordinierung der SI fand während der Amtszeit von Mauroy und Guterres weiter im Präsidium statt. Dem gehörten u. a. die Vorsitzenden der größeren europäischen Parteien als Vizepräsidenten an. Auf diese Weise kam es zur Einbindung dieser Parteien, deren Vertreter an den Präsidiumssitzungen auch teilnehmen konnten, wenn die Vizepräsidenten selbst nicht anwesend waren. Das Präsidium trat zwar vor den Councils zusammen und konnte so offene Konflikte innerhalb der SI vermeiden, für die laufende Arbeit war dieses Gremium aber nicht geeignet. So installierte Guterres nach dem Kongress 2003 ein Exekutivkomitee, das zehn Mitglieder umfasste, sich etwa vierteljährig traf und ein Arbeitsprogramm vereinbarte. Im Juni 2005 wurde Guterres dann UN High Commissioner for Refugees und legte die SI-Präsidentschaft nieder. Um seine Nachfolge bekümmerte er sich nicht, Spannungen mit Generalsekretär Ayala mögen dazu beigetragen haben. Der spanische Ministerpräsident Zapatero wurde beauftragt, gemeinsam mit einem Nominierungskomitee einen Nachfolger zu suchen, doch zu einem transparenten Kommunikationsprozess kam es nicht. Der Vorsitzende der griechischen Panhellenic Socialist Movement (PASOK), Georgios Papandreou, erklärte sich im Oktober 2005 als einziger Kandidat für die Nachfolge bereit. Auf einem Council im Januar 2006 in Athen wurde er vorläufig gewählt, auf dem XXXIII. Kongress im Juni/Juli 2008 – wieder in Athen – bestätigt. Mit diesem Wechsel des Präsidenten änderte der Generalsekretär die Strukturen der SI. Das Exekutivkomitee wurde nicht mehr einberufen. In das Präsidium wurden aus Gründen der Gender-Gleichstellung Frauen gewählt, die nicht Parteivorsitzende waren. Gravierend dabei war, dass an den Sitzungen nur noch die gewählten Mitglieder des Präsidiums teilnehmen konnten, was zur faktischen Ausgrenzung der großen europäischen Mitgliedsparteien von der politischen Koordinierung führte. Hinzu kam, dass Präsident Papandreou sich lieber auf ein erfolgreiches Abschneiden bei den nächsten Wahlen zu konzentrieren schien, was ihm in der Tat auch gelang, als sich mit der SI zu beschäftigen. So avancierte Ayala mehr oder minder zum Alleinzuständigen.

Auf den nachfolgenden Councils, beginnend im November 2006 in Santiago de Chile, kam es zu kontinuierlichen Spannungen zwischen den Internationalen Sekretären westeuropäischer Parteien, häufig jüngeren Frauen, und dem Generalsekretär, der – kaum erstaunlich angesichts seiner nun mehr als zwanzigjährigen Amtszeit – immer autoritärer aufzutreten schien. Bei den männlichen Vertretern nichteuropäischer Parteien stießen die Initiativen der Westeuropäer aber kaum auf Verständnis, vermutlich aus Gründen der Reserve gegenüber der europäischen Dominanz sowie auch aus „genderkulturellen“ Gründen.

Zur Krise führten indes Mitgliedsparteien, die kaum mehr demokratischen Kriterien entsprachen. Das galt für die Mitgliedsparteien in Ägypten und Tunesien nach dem arabischen Frühling eindeutig, für die Mitgliedspartei an der Elfenbeinküste, die von dem früheren Präsidenten Laurent Gbagbo, inzwischen angeklagt vom IStGH, geführt wurde, und auch für die Sandinisten in Nicaragua. In Europa, vor allem in Schweden, führte das zu Diskussionen über Kooperationen der europäischen Sozialdemokraten mit demokratisch fragwürdigen Partnern. In Deutschland griff der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel dies prä-

ventiv auf, obwohl kaum eine echte innenpolitische Notwendigkeit dazu bestand. Die SPD setzte in der Folge die Beitragszahlungen aus.

Nun startete eine Diskussion über Reformen der SI, wozu auf dem Council im Juli 2011 in Athen eine Arbeitsgruppe berufen wurde, die von dem finnischen Parlamentspräsidenten Eero Heinäluoma, der Vorsitzenden der mexikanischen PRI Beatriz Paredes und der Marokanerin Nouzha Chekrouni geleitet wurde. Dem Council im Februar 2012 erstatteten sie einen Bericht, der überwiegend Zustimmung fand. Vorgeschlagen wurden die zeitliche Begrenzung der Amtszeiten von Präsident und Generalsekretär und eine regional ausgewogenere Zusammensetzung des Präsidiums. Auf die Amtszeitbegrenzungen sollten aber nicht bereits geleistete Zeiten angerechnet werden, so dass vor allem Ayala nochmals gewählt werden konnte. Den Westeuropäern ging es jedoch vor allem um seine Ablösung, gegen die er sich dann mit all seinen organisatorischen Möglichkeiten wehrte. Papandreou war nicht in der Lage, die Konflikte zu domestizieren. Nach seinem Rücktritt als griechischer Ministerpräsident im Zuge der Schuldenkrise fokussierte er sich auf die SI-Präsidentenschaft. Westeuropäische Parteien suchten hingegen nach einem nichteuropäischen Präsidenten, der wiederum einen europäischen Generalsekretär durchsetzbar machen würde. Vor allem der frühere chilenische Präsident Lagos wurde darauf angesprochen, doch diese Bemühungen misslangen.

XXIV. Kongress in Cape Town

Auf dem Kongress in Cape Town kandidierte dann die frühere schwedische Parteivorsitzende Mona Sahlin gegen Ayala, wo dieser sich mit 55 % zu 45 % der Stimmen durchsetzte. Papandreou wurde in offener Abstimmung als Präsident wiedergewählt. Das Präsidium wurde wie vorgeschlagen regional repräsentativer, proportionaler zur Verteilung der Menschen auf die verschiedenen Regionen der Welt zusammengesetzt. Für die europäischen Mitgliedsparteien mag es ein nicht offen eingestandenes Problem sein, wenn sie zu akzeptieren haben, dass Europäer nur 500 Million von 7 Milliarden Menschen sind, sie aber die SI weitestgehend finanzieren.

Der Kongress war arm an substanziellen Beschlüssen, ihre Vorbereitung hatte der Generalsekretär sich selbst überlassen, Vorbereitungen der themenbezogenen Kommittees gab es nicht. Die Diskussionen des Kongresses über politische Fragen zeigten, dass die SI in der Lage ist, Werte zu artikulieren und die unannehmbare globalpolitische Wirklichkeit zu kritisieren. Sie ist auch in der Lage, die globalen Probleme zu analysieren, wenngleich nicht immer in vollständig zutreffender Weise. Die Eurokrise wurde als Ausfluss der globalen Finanzkrise diskutiert, kaum als Folge der Unfähigkeit der EU, eine funktionsfähige Währungsunion einzurichten, oder als Folge des Rückfalls europäischer Regierungen und von Teilen der europäischen Öffentlichkeit in nationalistisches Denken. Schließlich zeigte sich die SI nur bedingt in der Lage, Alternativen zu einer neoliberalen Ordnung zu artikulieren. An die programmatischen Beschlüsse der Kongresse 2003 und 2008 wurde somit kaum angeschlossen.

Die europäischen Parteien vor schwierigen Orientierungen

Die meisten westeuropäischen Parteien, auch die SPD, haben nach dem Kongress ihre Mitarbeit eingeschränkt. Ein neues, globales Parteinetzwerk wurde im Dezember 2012 in Rom gegründet, die Progressive Allianz. Die italienischen Demokraten könnten hierbei eine interessante Rolle spielen. Sie gehören der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) im Europäischen Parlament an, nicht aber SI und SPE, dazu haben sie Kontakte zur Alliance of Democrats mit Orientierung auf die Demokraten der USA. Es ist durchaus möglich, dass dieses Netzwerk eine stark europäische und „westliche“ Zusammensetzung und Orientierung erhält, was dem globalen Konzept der SI entgegensteht. Der erste SI-Council nach dem Kongress in Cape Town fand im Februar 2013 in Lissabon statt. Die Mitgliedsparteien aus Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen hatten zuvor ihre Mitgliedschaft auf den Beobachterstatus zurückgestuft. Die SPD war lediglich durch den für die SI zuständigen Sekretär vertreten, hingegen die Sozialistische Partei Frankreichs und die Sozialdemokratische Partei Österreichs durch ihre SI-Vizepräsidenten. Anfang 2013 herrscht offensichtlich Unübersichtlichkeit.

Globale Demokratie und Parteien

Die Schwierigkeiten der SI sind im Kontext der Probleme demokratischer Parteien im Zuge der Globalisierung und des Bedeutungsverlustes nationaler Integration für demokratische Handlungsfähigkeit anzusehen. Die Europäische Union ist in Folge der globalen Finanzkrise in Turbulenzen geraten, die mit symbolischer Bedeutung den griechischen SI-Präsidenten aus seinem Regierungsamt fegte. Zur Entwicklung pluralistischer Parteiensystemen ist es in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht gekommen, vielmehr ist der Austausch von Korruptionsvorwürfen zum zentralen Mittel des parteipolitischen Wettbewerbs in osteuropäischen Staaten geworden. Die Parteienkritik in Westeuropa kann attrahierend auf andere Regionen der Welt wirken. Die Zivilgesellschaft wird diffus als Alternative zu demokratischen Parteiensystemen diskutiert, ohne dass es überzeugende Konzepte gibt, wie die gesetzgeberische Funktion von Parlamenten – und damit Parteien – dadurch tatsächlich ersetzt werden könnte. Die übernationalen Parteiengemeinschaften können darauf nur schwerlich Antworten finden, solange es die nationalen Parteien nicht können. In diesem Kontext weltweiter Demokratieprobleme bewegt sich die SI – mit welcher Perspektive, ist Anfang 2013 nur schwer abzusehen.